

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	Seite 3
Der Föderalismus treibt seine Blüten	4
Vielfalt mutiert zur Einfalt	5
„Blühende“ Schullandschaften	6
Verwirrende Bildungspolitik als Folge der Föderalismusreform 2006	7
Landesbildungsminister versus Bundesbildungsminister	9
Belastungen heute	10
Durchlässigkeit in die falsche Richtung	11
Ansichten ohne Einsichten	12
Schildbürgerstreich	13
PISA-Studien	14
Konsequenzen daraus	17
Notwendige Änderungen und die Mär von kleinen Klassengrößen	19
Was läuft schief?	22
Unvereinbare Positionen erfordern ein Umdenken	25
Die Fronten sind verhärtet	26
Zum Nachdenken	28
Bitte weiter denken!	32
Kinder stehen im Mittelpunkt der Gesellschaft	33
Vom Ausland lernen?	36
Politiker und Bürger	38
Zu viel Phantasie?	42

Problemfall Medien – Elternmitarbeit	43
Das Medienzeitalter und sein Einfluss auf den Unterricht	44
Überforderte Schüler – überforderte Eltern	46
Eltern als Schulbegleiter	48
Die Schule auf dem Lande	51
Das Verschwinden der Hauptschulen	52
Geschichtlicher Exkurs	60
Die Entstehung der Volksschulen	62
Der Weg zu den Schularten heute	69
Ein Schulsterben geht durchs Land	72
In die Zukunft denken	85
Kinder kommen zu Wort	87
Welche Bildung brauchen wir vorrangig für unsere Gesellschaft?	91
Große Schuleinheit versus kleine Schule	94
Halbtagschule versus Ganztagschule	96
Die pädagogische Schule mit Zukunft	100
Veränderungen erwünscht	101
Pädagogik pur!	103
Die Lehrerrolle heute	108
Ballast abwerfen – Lehrerausbildung mit Zukunft	114
Der Raum als Förderer von Lernprozessen	119
Überlegungen auf dem Weg in eine zukunftsfähige Schule	125
Anhang – Schulpolitik im Umbruch	133
Quellenangabe, Literatur	142

Vorwort

Zum Thema Bildung und Schule existieren viele Meinungen, Urteile und Vorurteile. Obwohl es im Grundsatz viele konsensfähige Punkte gibt, herrscht Uneinigkeit wie konkrete Umsetzungen aussehen sollen. In dem Buch wird deutsche Schulpolitik kritisch durchleuchtet. Der Leser erhält Einblicke in das Schulgeschehen und erkennt bürokratische Entscheidungen mit ihren Folgen. Was gut gemeint ist, verliert oft seine Wirkung vor Ort oder schränkt Handlungsmöglichkeiten ein, die im ungünstigsten Fall das Engagement von Lehrerkollegien hemmen. Gerade in der Pädagogik sollte es keinen Dienst nach Vorschrift geben; leider erdrückt mancher Erlass pädagogische Freiräume. Wir brauchen eine weise Politik und Entscheidungen, die sich in der Realität bewähren. Pädagogik ist ein komplexes Ganzes, über das sich trefflich streiten lässt. Einige überlieferte Gegebenheiten lassen sich auf die Schulgeschichte des 18. und 19. Jahrhunderts zurück führen.

Was eine zukunftsfähige Schulpädagogik ausmacht, welche Faktoren die Weiterentwicklung hemmen, welche sie fördern und welche Voraussetzungen Lehrer haben sollten, darauf will das Buch Antworten geben. So ist der Bogen gespannt von der „großen“ Politik bis hin zu dem, was Schule ausmacht: dem Unterricht und der Wechselbeziehung Lehrer - Schüler.

Zeitungsartikel der Jahre 2009 und 2010 zeigen im Rückblick eine Landesbildungspolitik in Baden-Württemberg, die an althergebrachten Grundsätzen festhielt. Seit April 2011 steht die grün-rote Landesregierung im Fokus. Wie in den meisten anderen Bundesländern seit Jahren, entscheiden allein nun die Eltern über die weiterführende Schulart ihrer Kinder. Die Gemeinde- und Stadträte stehen zukünftig selbst in Mitverantwortung der Implementierung von Schularten bzw. Bildungsabschlüsse ihrer Schulen. Das ist revolutionär und lässt aufhorchen, gemessen an dem Beharrungsvermögen der Vorgängerregierung und ihrem Festhalten an einem mehrgliedrigem Schulsystem.

Wenn jedes Bundesland weiterhin seine eigene Bildungspolitik macht, führt dies nicht zu einem tragfähigen und zukunftsweisenden Bildungswesen. Wir brauchen gemeinsame und einheitliche Bildungs- und Organisationsrahmen für die Schulen in Deutschland. Die Bildungspolitiker sollten in einen konstruktiven Dialog treten, um bestmögliche Entscheidungen und einheitliche Maßnahmen zu treffen. Das weiß man seit Jahrzehnten. Wir haben kein Erkenntnis-, sondern ein Umsetzungsproblem. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen misslingt ein kontinuierliches Vorankommen.

Gegenwärtig befindet sich die tradierte Schulbildung in einem größeren Umbruch. Somit wird im vorliegenden Buch auch Zeitgeschichte dokumentiert.

*Bildung und Ausbildung ist unser Pass für die Zukunft,
und das Morgen gehört denjenigen, die sich heute darauf vorbereiten.*

Wolfgang Gerhardt

Der Föderalismus treibt seine Blüten

Von Politikern werden die föderalen
Schulsysteme als Wettstreit um das
beste Bildungssystem gesehen und
nach außen gerechtfertigt.

In der Praxis aber zeigt sich,
dass es ungerecht ist und vor allem
den Familien mit schulpflichtigen
Kindern,
die in ein anderes Bundesland
wechseln

Wenn es um die Länderhoheit im Bildungsressort geht, reicht der Blick selten über den Tellerrand hinaus. Absprachen und Rücksichtnahmen der Landespolitiker untereinander gibt es kaum, denn jedes Land pocht auf seine Bildungshoheit. Das Kapitel zeigt Beispiele auf, zu welchen Ergebnissen manche politisch gewollten Entscheidungen tatsächlich führen. Es ist die Frage, auf welche einheitlichen Ziele sich 16 Länder verständigen können und wollen. Eine bundesweit agierende Expertengruppe, die sich mit den Länderpolitikern regelmäßig trifft und sich mit dem Thema Bildung befasst, wird von den Ländern bisher abgelehnt. Eine gesamtstaatliche Verantwortung steht somit nicht auf der Tagesordnung und das ist bildungspolitisch unverantwortlich und geradezu skandalös. Unsere Bildung in Deutschland steckt in einem Dilemma.

Vielfalt mutiert zur Einfalt

Das sagen uns Landespolitiker: „Konkurrenz belebt das Geschäft, denn in der Vielfalt unserer Schulmodelle und Bildungspläne innerhalb unserer 16 Bundesländer liegen viele Chancen.“ Ob sie auch glauben, was sie den Bürgern sagen? Dieses Argument des föderalen Wettbewerbs ist längst widerlegt, das zeigen die PISA-Studien und die großen Unterschiede in den Bundesländern. Vergleicht man die Bundesländer im Hinblick auf ihre Organisationsformen und Schulbehörden von der obersten Verwaltungsebene, dem Kultusministerium, über die Oberschulämter (Regierungspräsidien) bis hin zu der unteren Verwaltungsbehörde, den Staatlichen Schulämtern, so unterscheiden sich die Verwaltungen der Länder beträchtlich. Sie weisen durch häufige Änderungen ihrer Struktur auf eine gewisse Beliebigkeit hin.

Landespolitiker versuchen ihren Bürgern klar zu machen: „Wir haben das fortschrittlichste und für unser Land innovativste Bildungssystem. Wenn der Bund die Bildungshoheit übernehme, wäre der Einfalt und Durchschnittlichkeit Tür und Tor geöffnet.“ Im Ausland wird unser **zersplittertes Bildungssystem**, geprägt durch unsere Kleinstaaterei, milde belächelt. Der Präsident der Didakta in Stuttgart, W. Fthenakis, mahnte am 22.02.11 einen Bildungsplan bundesweit für alle an und warb für weitere tiefgreifende Reformen.

Wer eine zentrale Schulbildung und damit Verfassungsänderung einfordert, wird sich mit Landespolitikern aus 16 Ländern auseinandersetzen müssen. Nimmt sich deshalb noch keine Partei dieses Themas an?



In obigem Spiegel-Artikel Nr. 27/2010 Seite 56 bis 67 schreibt Thomas Darnstädt: „Die meisten Bildungsbürger sind eingesperrt in das Labyrinth der 16 deutschen Schulsysteme in 16 deutschen Bildungszwergstaaten, deren Politik sich häufig auch noch im Rhythmus der Landtagswahlen und wechselnder Koalitionen alle vier bis fünf Jahre ändert. ... Der ‚provinzielle Bildungs-Länderheckmeck‘ - so der ehemalige Berliner und neue Hamburger Uni-Präsident Dieter Lenzen – ‚hinterlässt Bildungsverlierer‘. ... ‚Kein Gesetz der Welt ... kann Eltern verbieten, die Sache der Bildung selbst in die Hand zu nehmen. Worauf warten wir noch?‘“ (Lenzen).

In einer Allensbachumfrage vom 18.04.11 wünschen sich 60% aller Lehrkräfte ein bundeseinheitliches Schulwesen. Doch noch im Jahre 2013 scheinen wir davon weiter entfernt denn je.

„Blühende“ Schullandschaften

Was meint nun die viel beschworene Bildungsvielfalt: Lasst viele Blumen blühen? Eltern und Lehrkräfte wünschen, dass ihre Schule die Individualität der Kinder und Jugendlichen fördert und jede Schule ihr ganz besonderes Profil hat. Die tatsächliche Vielfalt in der wirren Zersplitterung unseres Bildungswesens wirkt sich verheerend aus. Hier sollte eine zentrale und einheitliche Bildungspolitik des Bundes die immer weiter wegdriftenden Systeme zu einer gemeinsamen Strategie und Zielrichtung führen. Ein solch beliebiges Bildungspuzzle, wie wir uns dies derzeit leisten, dient nicht den vielbeschworenen Bildungszielen, die wir im Wettstreit mit unseren Nachbarländern und unserer Zukunft dringend benötigen. Der vielzitierte „Rohstoff Bildung“ entfaltet im Wettlauf mit anderen Ländern so nicht die Wirkung, die Schulbildung haben könnte und müsste. Wenn eine Kultusministerin die Vielzahl von Schularten in ihrem Land anpreist, kommt einem der Verdacht auf, dass sie selbst nicht weiß, was Schülern tatsächlich am besten helfen würde. Weniger wäre mehr, Beliebigkeit ist ziellos!

In dem bereits erwähnten Artikel: „Ein Abgrund von Föderalismus“ wird von einem Schüler berichtet, der in Bayern mit den Noten Mathe 3, Deutsch 3, Sachunterricht 2 und einem Durchschnitt von 2,66 nicht aufs Gymnasium wechseln kann. Ein Schüler benötigt mindestens 2,33 für das Gymnasium, bei 2,65 reicht es gerade noch auf die Realschule. Nun geht er in Hessen auf das Gymnasium. Der Vater klagt: „Unser Sohn wird von den bayerischen Behörden diskriminiert. In Hessen kann er auf das Gymnasium, in Bayern nicht – daran sieht man doch: Mit Leistung hat das nichts zu tun.“

So leiden Schüler und Eltern unter dem Eigensinn länderspezifischen Profilierungseifers und den dadurch verursachten großen Unterschiedlichkeiten. Von Berufstätigen wird Flexibilität erwartet. Die Länderhoheit mit ihren verschiedenen Schulsystemen und Erlasskonstrukten erschwert Familien mit Kindern den Wechsel in ein anderes Bundesland. Eine „freiwillige“ Klassenwiederholung am neuen Schulort ist oft die Folge eines Umzugs.



Verwirrende Bildungspolitik als Folge der Föderalismusreform 2006

Häufig wechselnde Bildungsschwerpunkte innerhalb eines Landes (schon allein bei einem Wechsel eines Kultusministers in ein und derselben Partei), lassen keine Kontinuität aufkommen. Und so sieht es im Bildungsland Deutschland im Jahre 2010/11 aus:

Grundschulzeit: Dauer von vier, fünf oder sechs Jahren. Einige beginnen mit Englischunterricht bzw. Französischunterricht (Rheinschiene) in Klasse 1, andere in Klasse 3 oder später.

Drei(4)gliedriges Schulsystem:	Baden-Württemberg und Bayern	(Stand 2010)
3gliedrig plus Gesamtschule:	Hessen, Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen	
Sekundar- plus Gesamtschule, plus Gy.:	Saarland, Rh.-Pfalz, Sachsen-Anhalt, Brandenburg., Mecklenbg.-Vorp.	
Sekundarschule plus Gymnasium:	Bremen, Hamburg, Schleswig-Holstein, Berlin, Thüringen, Sachsen	

Schultypen: Hauptschulen, Werkrealschulen, neue Werkrealschulen, Sonder- und Förderschulen, Mittelschulen, Sekundarschulen, Realschulen, Realschulen plus Regionalschulen, Stadtteilschulen, Gesamtschulen, Gemeinschafts- bzw. Verbundschulen, Oberschulen, Gymnasien, Aufbaugymnasien, private Schulen (mit Sonderprivilegien).

Den Übertritt in eine weiterführende Schule bestimmen in einigen Ländern die Eltern, anderswo müssen Lehrkräfte nach entsprechenden Vorgaben entscheiden. Eine Aufnahmeprüfung ist in einigen Bundesländern die letzte Instanz. Die Übergangsquoten in Gymnasien sind sehr unterschiedlich: 30% bis 33% in einem Bundesland, in einem anderen über 45%. In Heidelberg liegt sie bei 65,5%. In Hamburg machen 50,6% Abitur. Sind die Kinder so unterschiedlich begabt? Unterscheiden sich Kinder in Hessen von Schwaben oder Sachsen? Die Systeme sind von Menschen gemacht und werden trotz großer Ungerechtigkeiten weiter tradier, schließlich will sich kein Land etwas „aufzwingen“ lassen, Hoheit ist Hoheit! Von einsichtsfähiger vorausschauender und partnerschaftlicher Bildungspolitik, von Konsensbildung und Rücksichtnahme ist wenig zu sehen und mittelfristig zu erwarten. Lediglich Minimalkonsens gibt es in einigen Bereichen.

So bunt wie unsere Länderkarte, so vielfältig und wenig einheitlich, zeigt sich unsere Bildungslandschaft. Aber was bliebe den Länderpolitikern ohne ihre wie manche Journalisten schreiben „Spielwiese Bildung“ noch übrig? Nur, für wen sollte eigentlich Bildungspolitik gemacht werden, wenn nicht ausschließlich für die Schüler?



Es ist leichter, Initiativen zu starten, als dauerhafte und fruchtbare Veränderungen zu bewirken.

P. Senge

Hat dieses Durcheinander von 96 Namen und Schultypen Zukunft? Wollen wir Bürger das? Wo sind diejenigen, die an **einem** vernünftigen und **einheitlichen Bildungshaus** bauen?

Vergleichbarkeit/ Gerechtigkeit gibt es zwischen den Schulbestimmungen der Bundes-Länder nicht:

- die Notengebung differiert in höchstem Maße
- die gesetzlich vorgeschriebenen Übergangsverfahren sind nicht einheitlich
- die Übergangsquoten sind seit Jahrzehnten auffallend unterschiedlich
- jedes Land hat seine eigenen Bildungspläne, Schulbücher müssen jedem Land angepasst werden
- Statistiken werden nicht nach gleichen Kriterien aufgestellt
- Eine Unmenge von Schulkonstruktionen selektieren sehr unterschiedlich
- Schüler werden beim Wechsel in ein anderes Bundesland benachteiligt
- Lehrerexamen sollen erst ab 2014 bundesweit in allen Ländern anerkannt werden

Vergleicht man die Schulabbrecherquote von Mecklenburg-Vorpommern mit 14 Prozent von der saarländischen Quote von 7 Prozent, fällt die große Differenz auf. Das Saarland beschönigt: Wenn Gymnasiasten das Klassenziel nicht erreichen und die Schule ohne Abitursabschluss verlassen, werden ihre Noten nach oben gesetzt. Eine „Fünf“ in Mathematik oder in einem anderen Fach, wird um zwei Noten erhöht auf „Befriedigend“. Entsprechend wird mit den anderen Fächern verfahren. So kreativ kann man Statistiken aufhübschen. Eine „Drei“ in der Hauptschule kann nicht als gleichwertig zu der „Drei“ im Gymnasium angesehen werden, aber eine Pauschal-anhebung der Noten ist in keinem anderen Bundesland üblich. Üblich ist, dass die Gymnasialschüler die Realschulreife mit einem Versetzungszeugnis der Klasse 10 bekommen und den Hauptschulabschluss mit dem Versetzungszeugnis der Klasse 9 (so auch Realschüler der Klasse 9).

Die Übergangsquoten haben nur im Hinblick auf die Abiturs- oder Realschulabschlussquoten eine Größe mit Aussagewert, denn entscheidend sind die tatsächlichen Schulabschlüsse bundesweit im Vergleich zu den Übergängen. Statistiken über die Abgänge und Rückversetzungen in die Real- bzw. Hauptschulen sind kaum bekannt: 8,9% sind ohne HS-Abschluss, 24,6% erreichen die Fachhochschulreife. 17% der 25jährigen ehemaligen Schüler der Sekundarstufe II haben keine abgeschlossene Berufsausbildung und kein Abitur (vgl.: www.destatus.de).

Horst Köhler wurde nicht mehr gehört, als er vor seinem Rücktritt anmahnte, die geltenden Bedingungen des Föderalismus selbst auf den Prüfstand zu stellen. Die Länderpolitiker sehen ihre Kernkompetenz in Frage gestellt. Das ewig gleiche Gegenargument lautet: Wenn der Bund Fehler machte, würden sie überall übernommen und die Bundeshoheit ergäbe einen Verlust der Vielfalt. Dem Bund Kompetenzen zu übertragen würde lediglich bedeuten, ihm in Grundsatzfragen der Schulbildung Gesetzgebungsmacht zu übertragen, die als Ergebnis einer demokratischen Debatte für alle Länder einheitlich geregelt würden. Das kann die Schulen in ihrer eigenen Profilbildung stärken. Erst der gesicherte Rahmen und die Entscheidungsfreiheiten am Ort könnten Schulen zur pädagogisch vielfältigen Institution bringen, die wir uns in allen Regionen unserer Länder wünschen. Die föderale Schweiz hat in ihre Verfassung eine Klausel aufgenommen, die es der Regierung in Bern erlaubt, die Entscheidungsgewalt in Bildungsfragen zu übernehmen, in den Fällen, in denen sich die Kantone nicht einigen können.

Hans-Ulrich Jörges schreibt im Stern 15/2010 in seiner Kolumne Zwischenruf. „Der Bildungswahn: ... Die Systeme driften immer weiter auseinander. Die Bildungsreformitis der Länder gebiert stets neue Varianten des Speziellen. Der Blick fürs Gemeinsame, fürs Verbindende, fürs Zukunftsfeste und Verlässliche geht mehr und mehr verloren.“

Landesbildungsministerin versus Bundesbildungsministerin

Die Kultusministerin eines Bundeslandes mit über 10 Millionen Einwohnern übernahm 2009 das Bundesministerium für Bildung und Forschung mit 81 Millionen Einwohnern. Seitdem hat sie einen großartig klingenden Titel, aber weniger Einfluss als zuvor. Die Länder sind auf ihre Bildungspolitik fixiert und wollen sich nicht dreinreden lassen. Der Bund unterhält ein Ministerium mit wenig Einfluss auf konkrete Bildungsmaßnahmen.

Wie sich der Blickwinkel in unterschiedlicher Funktion ändert zeigt ein Beispiel. Eine Kultusministerin wurde zur Bildungsministerin.

Ihre Aussagen von 2005 noch in alter Funktion und 2010 in der neuen Funktion widersprechen sich. 1995 bis 2005 kämpfte sie u. a. für die Bildungshoheit der Länder. Selbst als sie wusste, dass sie nach Berlin ins Bildungsressort wechseln würde, blockierte sie ihre Vorgängerin im Bildungsministerium, die für weniger Föderalismus eintrat. Das empfand damals die Landespolitikerin als Angriff auf ihre Kulturhoheit.

In der neuen Funktion trat sie für Änderungen ein. „Der Föderalismus muss sich modernisieren“ sind ihre Worte in einem Interview der Tageszeitung „Heilbronner Stimme“ vom September 2010. Bis 2005 hatte sie „die provinzielle Machtteilung kräftig mit betrieben – und will heute nicht mehr so deutlich daran erinnert werden.“ (DIE ZEIT Nr. 23, 2.6.10 S. 35). Ende 2010 meinte sie, dass die Föderalismusreform ein Fehler gewesen sei. In der Panorama-Sendung vom 20.01.2011 ging es um die Bildungspolitik der Länder. In einem Kurzinterview meinte die ehemalige Bildungsministerin auf die Frage zum Bildungswirrwarr der Länder, dass sie sich „mehr Konsens über den Aufbau des Bildungssystems, einheitliche Bildungsstandards und Schulabschlüsse“ wünsche. In ihrer neuen Funktion sah sie das ganz anders. Warum erst jetzt? Die Tagespolitik war mächtiger... und ihre Nachfolgerin in Baden-Württemberg verteidigte bei ihrer Einsetzung im Juli 2010 das föderale Schulsystem mit den Worten: „Ich sehe keinen Mehrwert in einem Bundesgesetz, Qualität lässt sich nicht gesetzlich verordnen.“ Meist verengt sich die Sicht, wenn die Parteibrille aufgesetzt wird. Die Perspektive aus Ländersicht kommt dazu und der Überblick geht verloren. Beispiele aus anderen Bereichen der Politik und des Politikerhandelns und zwar aus jeder Partei, gäbe es zuhauf. Ständen wir vor einem Volksentscheid über die Reduzierung des Föderalismus im Bildungswesen, so gäbe es beträchtliche Veränderungen und Einsparungen von Personalstellen. Die Schulen in ganz Deutschland würden nicht verlieren, nur gewinnen.



Belastungen heute

Wenn wir Fehler machen,
die wir schon immer gemacht haben,
zeigt das wenig Einsichtsfähigkeit.

Das Kapitel will zu einer
differenzierten Sichtweise anregen,
um Vorurteilen und Missverständnissen
vorzubeugen.

*Man sollte eigentlich im Leben niemals
die gleiche Dummheit zweimal machen,
denn die Auswahl ist so groß.*

Bertrand Russell

Durchlässigkeit in die falsche Richtung

Je mehr die Schularten in einem Bundesland fest „zementiert“ werden, desto mehr wird die Durchlässigkeit als ein Weg für „Spätzünder“ gepriesen. Tatsächlich funktioniert die Durchlässigkeit, vor allem von oben nach unten. Auf sechs „Durchfaller“ kommt ein „Aufsteiger“, NRW hatte die doppelte Quote (auf 12 Durchfaller kam 1 Aufsteiger). Die Schüler werden vom Gymnasium zur Realschule oder zur Hauptschule bzw. von der Realschule zur Hauptschule durchgereicht. Sehr viel schwieriger und entsprechend weniger gibt es die Aufstiegschancen während der 5., 6. oder 7. Klasse. Das Angebot nach beruflichen Gymnasien (ab Klasse 11) ermöglichen Jugendlichen das Abitur nach insgesamt 13 Schuljahren.

Aber nun zu einer weiteren Form von Unsinn: Um jeder Schulart ein eigenes Profil zu geben und die Schularten „aufzuwerten“, wurde zum Beispiel in Baden-Württemberg der Bildungsplan für die Hauptschule und der Bildungsplan für die Realschule mit eigenen Fächerverbänden versehen. In der Hauptschule bzw. Werkrealschule heißen die Fächerverbände WAG (Wirtschaft, Arbeit, Gesundheit), MNT (Materie, Natur, Technik), WZG (Welt, Zeit, Gesellschaft) und MSG (Musik, Sport, Gestalten). In der Realschule gibt es EWG (Erdkunde, Wirtschaftskunde, Gemeinschaftskunde) und NWA (Naturwissenschaftliches Arbeiten). Die angedachte und vielgepriesene Durchlässigkeit wird durch die unterschiedlichen Fächerverbände fast unmöglich, mindestens erschwert. Es kommt noch dazu, dass ab Klasse 5 des Gymnasiums mit einer zweiten Fremdsprache begonnen wird. Eine zweite Fremdsprache gibt es in den beiden anderen Schularten in den Klassen 5 noch nicht. Durchlässigkeit von unten nach oben wird also nicht ernst genommen und Schüler werden durch unterschiedliche Fächerverbände ungleiche Lernerfahrungen machen, was ungerecht ist und viele Kinder ausgrenzt.

In Bayern macht die erste G-8-Generation derzeit das Abitur. Seit der fünften Klasse sind dort 31 Prozent aller Schüler gescheitert. Bei G 9 waren es 22 Prozent. Der Anteil der Schüler, die nach der 6. Klasse die Gymnasien verlassen, hat sich in Schleswig-Holstein verdreifacht. Ähnliche Ergebnisse sind in anderen Ländern zu erwarten.

Einer der wahnwitzigsten Irrwege der Pädagogik ist der Glaube, es gäbe den Hauptschüler, den Realschüler oder den Gymnasialschüler. Dass Kinder und Jugendliche dazu gemacht werden können, zeigt allerdings die Realität. Wer sagt, er wolle für jeden Schüler die für ihn richtige Schulart, weiß nicht, wovon er redet. Wir bräuchten dafür eine Vielzahl von Schularten und die würden im Endeffekt nicht ausreichen, um jedem Schüler in etwa gerecht zu werden. Es bedarf der individuellen Förderung, des Respekts und der Wertschätzung und des Verzichts auf Selektion. Und dazu reicht eine gemeinsame Schulart.

*Gebildet ist der,
der weiß,
wo er findet,
was er nicht weiß.*
Chinesisches Sprichwort

Ansichten ohne Einsichten

Es gibt parteispezifische Gemeinsamkeiten in den Ländern. Viele CDU regierte Länder setz(t)en auf die Mehrgliedrigkeit des Schulwesens und SPD regierte setz(t)en auf die Gesamtschule. Darüber gab es in den letzten 40 Jahren einen ideologisch geführten Streit und heute geht der Streit über die am besten geeignete Schulstruktur gerade so weiter. Es stehen die Fürsprecher des viergliedrigen Schulwesens mit Haupt- und Sonderschule, Realschule und Gymnasium den Fürsprechern einer Gemeinschaftsschule unversöhnlich gegenüber.



Schauen wir auf ein und dasselbe Objekt, hier als Beispiel ein Mondtor. Die einen stehen auf der einen Seite und sehen davon das, was sie nur von diesem Standort aus sehen können. Die anderen schauen von der Gegenseite auf das gleiche Objekt und sehen aus ihrer Perspektive etwas ganz anderes. Jeder hat seine Sichtweise und so sieht jeder die Realität von seinem Standort aus. Warum soll man den Standort auch ändern, wenn man sich dort, wo man steht, so wohl fühlt? Außerdem kann man sich mit einer einheitlichen „Parteiansicht“ besser von den anderen absetzen. Die parteiinterne Meinungseinfalt stärkt und verbindet die eigene Gruppe. Diese festgezurrten Meinungen schaden unserem Schulwesen und verhindern eine zeitgemäße Weiterentwicklung. Es geht nicht immer in erster Linie um die Schüler, auch wenn das stets betont wird. Rechthaberei und Machtansprüche sind oft das Motiv für eigenes Handeln. Die neu eingesetzte Kultusministerin meinte bei ihrer Einsetzung 2010, dass die Diskussionen um Schulstrukturreformen nicht weiter führten und die gegliederte Schulform nicht infrage gestellt werde. Da haben wir wieder die Ausschließlichkeit, die besagt, dass man genau wüsste, was für die Schüler das Beste sei. So blockiert man mit einer festgefahrenen Ideologie jeden anderen Ansatz. Die Verteilung in eine 3-Klassen-Gesellschaft ist schon lange nicht mehr zeitgemäß. Stagnation in der Bildungspolitik war bis zur Wahl im Frühjahr 2011 im Bundesland Baden-Württemberg angesagt!

*Oft versperren die Hürden des Alltags die Aussicht auf Freiräume,
dabei würde es oft schon genügen,
den Blickwinkel zu ändern.*

Verfasser unbekannt